

Presseinformation aus dem Kreis der ehemaligen BesetzerInnen des Genversuchsfeldes an der Bundesallee in Braunschweig

Kontakte über:

- Mahnwache an der Bundesallee
- Projektwerkstatt, 06401/903283

Verfasst am 10.5.2009

Klage gegen Räumung des Genversuchsfeldes

Einmischung der Stadt Braunschweig zugunsten der Gentechnik stößt auf Kritik!

Am 27. April wurden die BesetzerInnen des Genversuchsfeldes an der Bundesallee in Braunschweig geräumt. Dabei mussten zwei Personen aus einem Betonblock gemeißelt und drei von einem 10m hohen Turm heruntergeholt werden. Der Aufwand dafür war beträchtlich. An der Räumung und damit an der Durchsetzung des Genversuchsfeldes beteiligt waren mehrere Polizeieinheiten, die städtische Feuerwehr sowie das Ordnungsamt der Stadt Braunschweig. Nicht

aktiv beteiligt waren die Nutznießer der Räumung: Das von-Thünen-Institut und die RWTH Aachen als Grundeigentümer und Versuchsbetreiber blieben im Hintergrund. Genau das hat jetzt zu einer Klage gegen die Räumung geführt. Eingereicht wurde sie von Jörg Bergstedt, einem der Besetzer des Geländes, der in der Betonpyramide angekettet den gesamten Verlauf der Räumung mitverfolgen konnte.

„Wir hatten eine Duldung des Eigentümers und uns mit diesem auch auf Rahmenbedingungen verständigt – aber dann kamen Stadt, Polizei und Feuerwehr und räumten uns weg“, begründet der Gentechnikgegner seine Klage. VTI und die Universität Aachen hätten sich am Montag bei niemandem auf dem Feld gemeldet. Stattdessen sei die Stadt als Versammlungsbehörde aufgetreten und hätte behauptet, es sei gegen Versammlungsaufgaben verstoßen worden. „Die hatten die Räumungsverfügung schon im Gepäck, als sie das erste Mal überhaupt auf der Fläche aufkreuzten“, berichtet Bergstedt und unterstellt der Stadt politische Motive: „Hier springt der politische Apparat der unerwünschten Gentechniklobby an die Seite, um deren Wünsche gegen den Protest aus der Bevölkerung durchzusetzen“. Schon während der Räumung hatten die BesetzerInnen immer wieder Stadt, Polizei und Feuerwehr aufgefordert, den Einsatz abzubrechen. Nur weil diese die Gentechnik schützten, ließe sich die umwelt- und gesundheitsgefährdende Technik aus Profitgier einer kleinen Minderheit von Konzernen und willigen ForscherInnen gegen die Mehrheit der Menschen und den entschlossenen Widerstand durchsetzen. Die jetzige Klage richtet sich gegen die Stadt Braunschweig: „Die zu Beginn erfolgte Verständigung mit dem Grundeigentümer als Versammlungsaufgabe umzudeuten und darauf aufbauend zu räumen, damit die Genpfuscher sich nicht selbst die Finger dreckig machen müssen, ist eine politisch einseitige Interessensdurchsetzung mit den Machtmitteln einer Stadtverwaltung.“ Um die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens überprüfen zu lassen, hat der Ex-Besetzer nun Klage eingereicht. Eine politische Aufarbeitung, dass hier die Stadt für die Gentechnik ins Feld gezogen sei, hält er für ebenso wichtig, doch dieses müsse an anderer Stelle geklärt werden. Das Wichtigste sei dem Aktivist, der sich seit der Räumung auch an der Mahnwache vor dem Versuchsgelände beteiligt hat, weiterhin, die Gentechnik in der Landschaft zu verhindern.



Oben: Am Morgen des ersten Tages spricht der Grundeigentümer eine Duldung aus. Unten: Ohne Rücknahme dieser Duldung beginnt die Räumung.



- Link zu den Verfügungen der Stadt und der Klageschrift über www.julius-kungel-institut.de.vu.